

X. Zum Schluss: Sonderweg oder Laboratorium der Zukunft? Die ideologische Polarisierung der USA als Fall *Paradoxe Individualisierung*

„Deep religious and class divisions separate distinct, isolated and self-contained population groups. Social communication across class and religious boundary lines is minimal. Each group has its own ideology and political organizations: political parties, labor unions, employers' associations, farmers' groups, newspapers, radio and television organizations, and schools – from Kindergarten to university.”

Zugegeben: Das Beispiel separierter Kindergärten scheint doch ein wenig übertrieben. Und das ausgerechnet von Zeitungen die Rede ist, nicht aber von „Fox News“, „MSNBC“ oder der Blogosphäre, mutet ein wenig aus der Zeit gefallen an. Ansonsten aber scheint dieser Textauszug eine recht akkurate Beschreibung der gegenwärtigen ideologischen Segregationstendenzen der USA zu sein, der Entzweiung des Landes in ein „liberales“ und ein „konservatives“ Amerika.

Tatsächlich aber geht es um ein anderes Land. Zu einer anderen Zeit. Der obige Abschnitt steht am Anfang eines Buches des holländischen Politologen Arend Lijphart. Es handelt sich um einen politikwissenschaftlichen Klassiker: „The Politics of Accommodation.“¹ Im Jahr 1968 beschreibt Lijphart darin die „Versäulung“ der niederländischen Gesellschaft in separate und organisatorisch abgekapselte Subkulturen (die man dort als „Säulen“ bezeichnete). Wer das Buch heute liest und gleichzeitig mit den Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft vertraut ist, dem fallen, trotz vieler gewiss sehr wesentlicher Unterschiede, zahlreiche Parallelen auf. So schreibt Lijphart nicht nur von den niedrigen Heiratsraten zwischen den Angehörigen verschiedener „Säulen“, was stark an die gesunkene Zahl

1 Vgl. Arend Lijphart: The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, Berkeley 1968, S. 1.

von Eheschließungen zwischen Demokraten und Republikanern erinnert. Er erkannte auch, dass voneinander separierte Subkulturen mit der Zeit auch völlig andere Vorstellungen der eigenen Nationalgeschichte entwickeln. Seine Schilderung nahezu inkompatibler Versionen des Niederländischen Unabhängigkeitskrieges in den Schulbüchern calvinistischer und katholischer Schulen, ähnelt ebenfalls Vorgängen, die sich heute tagtäglich in den USA wiederholen, wo Schulkinder in Texas und Massachusetts mittlerweile sehr verschiedene Interpretationen der amerikanischen Geschichte lernen.²

Als Lijphart sein Buch 1968 veröffentlichte, hatte die niederländische Gesellschaft schon angefangen, sich zu „entsäulen“. Die stolze Organisationswelt von Katholiken, Protestanten und Sozialisten sollte in der Folgezeit in nachgerade atemberaubender Geschwindigkeit in sich zusammenbrechen, als kräftige Schübe von Individualisierung – so jedenfalls die gängige Interpretation – die Notwendigkeit einer eigenkulturellen Organisation zunehmend in Frage stellten. Heute ist nicht nur die Versäulung der niederländischen Gesellschaft Geschichte. Gleiches ließe sich auch von den politisierten Subkulturen in anderen europäischen Gesellschaften sagen.

Es dürfte kaum ein Zufall sein, dass es damit gleichzeitig zu einer Abschleifung des ehemals scharfen ideologischen Wettbewerbs zwischen den etablierten Parteien in fast allen europäischen Demokratien gekommen ist. Denn ideologische Polarisierung – so die zentrale These dieser Arbeit – ist primär als Resultat der Entstehung voneinander abgeschotteter Lebenswelten zu verstehen, in denen gänzlich andere Interpretationen von Wirklichkeit kollektiv produziert werden. Es ist diese Folie, vor deren Hintergrund das Zusammenspiel von ideologischer Polarisierung mit Prozessen gesellschaftlicher Segmentierung in den USA besonders bemerkenswert erscheint. Die Pfadumkehrung ist dabei erstaunlich. Als in den 1950er und 1960er Jahren zahlreiche Sozialwissenschaftler zu erklären versuchten, warum die angelsächsischen Demokratien so stabil waren, die Demokratien in Kontinentaleuropa jedoch weitaus fragiler erschienen, da war einer der zentralen Erklärungsmomente, dass die USA eben nicht jene geschlossenen, politisierten Subkulturen kannten, die sich in Europa um die politischen Parteien gebildet hatten.³

2 Der bisher jüngste, national ausgefochtene Streit dieser Art entbrannte im Sommer 2015 über die Neufassung eines Lehrbuches über amerikanische Geschichte für texanische High-Schools, in dem die Sklaverei unter anderem als „side issue“ für den Ausbruch des Bürgerkrieges bezeichnet wurde.

3 Vgl. Gabriel A. Almond: Comparative Political Systems, in: *Journal of Politics*, Vol. 18 (3), 1956, S. 391-409, insbes. S. 406-408.

Seymour M. Lipset schrieb 1960 im Hinblick auf Europa: „Wherever the social structure operates so as to isolate individuals or groups with the same political outlook from contact with those who hold different views, the isolated individuals or groups tend to back political extremists.“⁴ Amerikas vergleichsweise gemäßigte politische Kultur hingegen, so etwa David B. Truman oder Talcott Parsons, sei gerade darin begründet, dass seine Bürger über viele, sich überlappende Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen Organisationen verfügten und dadurch ein breites, heterogenes Kontaktumfeld besaßen.⁵

Heute aber scheinen sich die Lebenswelten des konservativen und liberalen Amerikas weit auseinander entwickelt zu haben. Natürlich waren die USA historisch stets in mannigfaltiger Weise segmentiert: regional, ethnisch, konfessionell, sozial, kulturell.⁶ Aber neben dem Fortbestehen dieser Spaltungen scheint das primäre Differenzkriterium gesellschaftlicher Segmentierung heute Ideologie zu sein. Konservativ oder liberal zu sein, Demokrat oder Republikaner – damit korrelieren heute eine Vielzahl anderer sozialer Merkmale: Lebensstilneigungen, Wohnortpräferenzen, Mediennutzungsgewohnheiten, Heiratsverhalten, und vieles andere mehr. Dadurch ist die soziale Distanz zwischen den Parteianhängern beider Seiten beträchtlich gewachsen, und es entstanden soziale Räume, in denen primär Gleichgesinnte miteinander kommunizieren und die daher wie Echokammern funktionieren.

Sehr viel stärker allerdings als die politischen Subkulturen der europäischen Sozialgeschichte sind Amerikas Echokammern Orte der selbstgewählten Ghettoisierung. Sie handeln von einem Paradox: Je mehr Entscheidungsmöglichkeiten die Menschen haben, desto mehr entscheiden sie sich für ein Leben in Eindeutigkeit, optieren dafür, bloß nicht zu sehr mit abweichenden Werthaltungen konfrontiert zu werden. Niemand wird dazu gezwungen, immer nur „MSNBC“ oder „Fox News“ zu schauen. Im Gegenteil: niemals zuvor in der Geschichte waren in Bezug auf alternative Informationsquellen die Wahlmöglichkeiten so groß; und selten wurde davon so wenig Gebrauch gemacht. Die gewachsene Autonomie in ihrer Lebensführung hat die Bürger der USA offenkundig nicht etwa zu postmodernen

4 Vgl. Seymour Martin Lipset: *Political Man. The Social Base of Politics*, New York 1963, 2. Auflage, S. 76.

5 Vgl. David B. Truman: *The Governmental Process. Political Interests and Public Opinion*, New York 1951; Talcott Parsons: *Voting and the Equilibrium of the American Political System*, in: Eugene Burdick/Arthur J. Brodbeck (Hg.): *American Voting Behavior*, Glencoe 1959, S. 90-112.

6 Claude Fischer/Greggor Mattson: *Is America Fragmenting?*, in: *Annual Review of Sociology* 35 (2009), S. 435-455.

Flaneuren erzogen⁷, die flexibel zwischen verschiedenen Weltentwürfen hin- und herwechseln. Es handelt sich um einen Prozess, der in dieser Arbeit als *Paradoxe Individualisierung* bezeichnet wurde, da die gewonnenen Freiheiten zum Rückzug in die Echokammer eingesetzt werden: Man wählt, nicht ständig die Wahl haben zu müssen.

All dies spiegelt sich auch in Dane und Waukesha County wider, den Fallbeispielen dieser Studie: ihre Bürger sind gebildet, wohlhabend, politisch besonders interessiert und auch gut informiert – und gehören dabei doch zu den eifrigsten Kombattanten in Amerikas Kulturkriegen. Sie stehen paradigmatisch für einen Trend, an dem sich das Phänomen Paradoxe Individualisierung besonders deutlich zeigt: der zunehmenden Tendenz vieler US-Bürger, bei der Wahl ihres Wohnortes die Gesellschaft Gleichgesinnter zu suchen. Da es jenseits einer eher impressionistischen Alltagssoziologie wenig belastbare Beweise für diese als „Big Sort“ bezeichnete „Abstimmung mit den Füßen“ gibt, versuchte diese Arbeit, mit Hilfe einer Feldstudie diesen Prozess besser als bisher zu verstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden sehr verschiedene methodische Herangehensweisen und Empirien miteinander kombiniert: Qualitative Interviews, Feldbeobachtung, schließlich die Daten aus einer repräsentativen Umfrage. Im Folgenden sollen die wichtigsten Untersuchungsergebnisse der Studie in aller gebotenen Kürze zusammengefasst werden:

1) Auch wenn der Grund für die *extreme* ideologische Polarisierung der USA in Hochburgen wie Dane und Waukesha County zu finden ist: zunächst sind diese Orte auch selbst ein Produkt der Bruchlinien, die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die USA durchziehen. Präziser: Die spezifische Prägung beider Countys ist auch als eine Reaktion auf die gesellschaftliche Umbruchssituation in den USA der 1960er Jahre ff. zu verstehen. In Dane County wird seitdem ein Konzept von Stadt entwickelt, in dem sich die Ideale der Neuen Linken widerspiegeln und die heute zum festen weltanschaulichen Inventar der Demokratischen Partei gehören: Die Präferenz für Diversität, die Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung, der Schutz der Umwelt. In einer dicht besiedelten Stadt, die die suburbane Zersiedelung verhindern soll und in der möglichst viele öffentliche Güter zur Verfügung stehen, sieht man die besten Chancen, diese Postulate zu verwirklichen.

7 Vgl. Zygmunt Bauman: *Flaneure, Spieler und Touristen: Essays zu postmodernen Lebensformen*, Hamburg 1997.

Waukesha wiederum ist eine konservative Reaktion auf die als solche wahrgenommenen Exzesse und Verfallserscheinungen dieser Jahre, vor allem der Rassenunruhen in der benachbarten Großstadt Milwaukee und den generellen Problemen großstädtischen Lebens. Vor den Toren der Stadt, so das Selbstverständnis vieler Bewohner Waukeshas, lässt sich weiterhin ein Leben führen, dass den amerikanischen Traum konserviert. Im Grunde fungieren beide Orte als eine Art Rückzugsidyll: Madison und Dane County als Zitadelle, in der auch nach der großen Ernüchterung der reformerische Geist der 1960er Jahre aufgehoben wird und man wartet, bis der Rest der Gesellschaft endlich auch in der Modernität angekommen ist; Waukesha als Trutzburg gegen die Verfallserscheinungen der Gegenwart, die man so lange wie möglich fern zu halten gedenkt.

2) Mit dieser Initialzündung startet der „Big Sort“: Dane und Waukesha County beginnen, Menschen mit unterschiedlichen politischen Profilen anzuziehen. Fraglos bleibt die exakte empirische Messung dieses Phänomens eine anspruchsvolle Aufgabe, für die Gewissheit wohl nur mit einer jahrzehntelangen Panel-Studie zu erreichen wäre. Aber in der Summe scheinen die empirischen Belege für die Realität des „Big Sort“ doch sehr eindeutig zu sein: Unter den Zugezogenen zu beiden Orten befand sich eine große Mehrheit von Menschen, die bereits zum Zeitpunkt des Umzuges die Parteiidentifikation der Mehrheitskultur teilten. Stark differierten die lebensstilbezogenen Präferenzen: Demokraten und Republikanern waren sehr unterschiedliche Dinge wichtig bei der Auswahl ihres Wohnortes. Und schließlich drückten die Angehörigen der Minderheitskultur nicht nur eine niedrigere Zufriedenheit mit dem Wohnort aus. Sie äußerten auch stärker den Wunsch, wegzuziehen, nicht selten unmittelbar aus politischen Gründen. In der Konsequenz dürfte dies beide Orte in der Zukunft eher noch homogener machen.

3) Insbesondere unter den Angehörigen der Mehrheitskultur tendiert die Neigung, sich fortan noch anderen Ansichten und Meinungen auszusetzen, gegen Null. Ihre persönlichen Netzwerke waren daher auch homogener als jene der Angehörigen der Minderheitskultur – ein erster Hinweis darauf, dass die Herausbildung politischer Hochburgen nicht nur Symptom, sondern vor allem Ursache von Polarisierung sein könnte. Und je stärker die Parteiidentifikation, desto stärker die Homogenität der persönlichen Netzwerke, desto stärker die Identifikation mit dem Wohnort, desto größer auch die Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation.

4) Dane und Waukesha County zogen nicht nur unterschiedliche Arten von Bürgern an. Sie prägten fortan auch jene sehr nachhaltig, die an diese Orte zogen. Besonders deutlich wird dieses bei der Analyse der Veränderung der Parteiidentifikation der Zugezogenen: Tendenziell wurden Menschen, die nach Dane County zogen, eher liberaler: Demokraten stärkten ihre Parteiidentifikation, bei Republikanern schwächte sie sich ab, „Independents“ neigten stärker zur Demokratischen Partei als zum Zeitpunkt ihres Umzuges. In Waukesha zeigte sich das Gleiche, nur spiegelverkehrt – wer dorthin zog, wurde tendenziell konservativer. Dies dürfte die entscheidendste Komponente des Echokammer-Effekts sein: in Amerikas politischen Hochburgen findet tatsächlich eine Verstärkung politischer Einstellungen statt. Gruppenpolarisierung ist jenseits sozialpsychologischer Experimente ein reales Phänomen. Wer von Dane oder Waukesha County aus in die Parlamente nach Madison oder Washington entsendet werden will, muss daher in einem permanenten und bisweilen bizarren Wettbewerb nachweisen, dass niemand liberaler oder konservativer ist als er oder sie.

5) Trotz der überwiegenden Ähnlichkeiten zwischen beiden Orten: Viele der vermuteten Echokammer-Effekte waren im liberalen Dane County stärker als in Waukesha. Vor allem galt dieses für die Mentalität der Minderheit: Republikaner im liberalen Dane County drückten eine geringere Zufriedenheit mit dem Wohnort aus, eine stärkere Tendenz wegzuziehen, zeigten insgesamt viel deutlichere Signale eines Rückzuges aus der Zivilgesellschaft. Dies hat verschiedene Gründe, hängt aber zunächst mit der Struktur beider Orte zusammen: Im aktivistischen, urbanen Madison ist die Politik stets anwesend; im stark privatistischen Waukesha County ist sie, außerhalb von Wahlkampfzeiten, viel weniger präsent. Kurzum: ein Republikaner in Dane County wird sehr viel häufiger an seinen Minderheitenstatus erinnert und mit den Ansichten der Mehrheitskultur konfrontiert. Ob diese Erkenntnis allerdings auf alle republikanischen oder demokratischen Hochburgen übertragbar ist, müssten weitere Studien zeigen. Da diese Unterschiede aber vor allem mit urbaner Dichte zu erklären sind – welche wiederum grundsätzlich mit Parteiidentifikation korreliert – dürfte dieses jedoch als wahrscheinlich gelten.

6) Obgleich in Waukesha wesentlich verschärft, stellen sich Probleme politischer Repräsentanz grundsätzlich für beide Counties. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Lokalpolitik, in der die Stimmen der „Minderheiten“ kaum noch wahrnehmbar sind. Sie ist in den letzten Jahren stark polarisiert worden und nähert sich den Konfliktmustern der nationalen Politik an. Die Betonung ideologischer Unterschiede oder überhaupt die bloße Erwähnung der Parteizugehörigkeit der Kandidaten wird dabei in beiden Fällen von der Mehrheitskultur betrieben: für sie ist

diese Art der Parteipolitisierung eine sichere Gewinnstrategie. Ein wenig zu kurz war der Beobachtungszeitraum, um seriös einzuschätzen, inwiefern die zunehmende Ideologisierung der Lokalpolitik auch Einfluss auf die auf lokaler Ebene verabschiedeten Politiken hat. Wahrscheinlich aber ist dies der Fall – was die Orte in einer Weise prägen dürfte, die sie wiederum für manche Menschen attraktiver macht als für andere.

Der Blick, der in dieser Arbeit auf die USA geworden wurde, war in gewisser Weise ein spezifisch europäischer. Und diese Perspektive war auch so beabsichtigt. Das begründet nicht nur den Versuch, die Analogie zwischen Amerikas Echokammern der Gegenwart und Europas politisierten Subkulturen der Vergangenheit für einen Erkenntnisgewinn fruchtbar zu machen. Im Grunde verdankt sich schon die Entstehung der Arbeit dieser Perspektive: dem Wundern und Staunen darüber nämlich, dass die USA heute in jenem Zeitalter der Ideologien zu leben scheinen, das in Europa, allem populistischem Furor zum Trotz, vergangen scheint. Liest man im Jahr 2015 einige Standardwerke der Vergangenheit, wie z.B. Robert Dahls „Democracy in the United States“, dann stellt sich beinahe schon ein Gefühl des Surrealen ein. In dem Buch schreibt Dahl, ein US-Amerikaner mit gewiss profunder Kenntnis der Parteiensysteme auf beiden Seiten des Atlantiks: „Unlike parties in many European countries, both Republicans and Democrats in the United States advocate much the same ideology. [...] To a European accustomed to the sound and fury of clashing ideologies, American party battles seem tame and uninteresting.“⁸ Der Kontrast zur Gegenwart ist so groß, dass man sich zwangsläufig die Frage stellt, wie es zu diesem kompletten Rollentausch kommen konnte.

Im Laufe eines langen Forschungsprozesses habe ich mich gleichwohl von einer genuin komparativen Perspektive, die die Suche nach den Gründen dieser Unterschiedlichkeit primär in den Vordergrund gestellt hätte, zunehmend gelöst. Natürlich wäre auch eine solche Arbeit möglich gewesen – aber mit der hier vorliegenden hätte sie dann nicht mehr viel gemein gehabt. Die Unterschiede zwischen Europa und den USA – historisch, sozial, kulturell, institutionell – sind so gewaltig, dass man ein sehr breites, allgemeines Raster für den Vergleich hätte wählen müssen.

8 Robert Dahl: *Democracy in the United States: Promise and Performance*, Chicago 1972, S. 261.

Dabei aber wäre alles Spezifische, Besondere, das mir an diesem Fall wichtig erschien, und das meines Erachtens nach alleine ein tieferes Verständnis des Phänomens garantiert, zwangsläufig verloren gegangen. Für Tocqueville, der manchen immerhin als Begründer der vergleichenden Politikwissenschaft gilt, blieb natürlich stets Frankreich (und daneben England) Referenzpunkt seiner Amerika-Beobachtungen. Er suchte, in seinen Worten, in Amerika „mehr als Amerika [...]“. Ich habe dort das Bild der Demokratie selbst [...] gesucht.“⁹ Aber hätte er dafür, um sich einer modernen Terminologie zu bedienen, stets nur nach den perfekten „funktionalen Äquivalenten“ für einen Vergleich gesucht: er hätte sich die Reise im Grunde sparen können und wäre besser am heimatischen Schreibtisch geblieben, um von dort aus und anhand einiger Nachschlagewerke und amtlicher Statistiken sein Werk zusammen zu kompilieren.

Kurzum: Bisweilen scheint es doch sinnvoll zu sein, einen Fall zunächst in seiner ganzen Tiefe genauer zu betrachten – um daran anschließend aber doch die Frage zu diskutieren, ob etwas Allgemeines aus ihm zu lernen und ein Transfer möglich ist. Dies soll auch hier geschehen. Also: Was bedeutet Amerikas Polarisierung für Europa? Oder anders gefragt: Welche Implikationen hat der hier beschriebene Prozess *Paradoxe Individualisierung* für das herrschende Verständnis von Ideologie und ideologischem Konflikt in (post-)modernen Gesellschaften insgesamt? Darauf soll eine kurze Antwort wenigstens versucht werden, die auch als Ausblick der Arbeit dienen soll.

Die Antwort hat zwei Ebenen. Die erste dieser Ebenen ist noch relativ eindeutig: Es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen Individualisierung und Entideologisierung. Dabei soll gar nicht abgestritten werden, dass Individualisierungsprozesse historisch oft genug zur Aushöhlung geschlossener Gemeinschaften, die über Generationen als Träger von Ideologien fungiert haben, geführt haben. Und es soll ebenfalls nicht bestritten werden, dass Individualisierung zunächst einmal Entbindung bedeutet, Freisetzung, Loslösung aus traditionellen Strukturen. Doch wirklich spannend wird es ja erst danach: Wie reagieren die „entbetteten“ Individuen auf diesen Zugewinn an Autonomie? Diese Arbeit hat hoffentlich Zweifel daran geweckt, dass auf die Kontingenzerfahrung der Moderne nur zwei politische Reaktionen möglich sind, die bei all ihrer Unterschiedlichkeit in beiden Fällen Ideologien als systematischen, holistischen Ordnungsentwürfen das Wasser abgraben: entweder ein aufgeklärter oder auch zynischer Relativismus der gehobenen Mittelsklasse, oder aber eine von ohnmächtiger Überforderung geprägte Apathie eines abgehängten Prekariats.

9 Alexis de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, a.a.O., S. 16.

Das Beispiel der USA der Gegenwart zeigt überdeutlich, dass dies keineswegs das Schicksal (post-)moderner Gesellschaften zu sein hat. Denkbar ist eben auch, dass die Freiheitsgewinne, die Möglichkeiten zur Autonomisierung der eigenen Lebensführung, ganz aktiv dafür eingesetzt werden, sich die verlorene Eindeutigkeit der Welt aktiv zurückzuerobern: durch die Auswahl des richtigen Nachrichtenkanals, des passenden Freundeskreises, der richtigen Schulen für die eigenen Kinder, der passenden Kirchengemeinde – und schließlich durch die Wahl des Wohnortes. Und wenig spricht dafür, dieses als ein auf Amerika beschränktes Phänomen zu sehen, viel mehr hingegen für die Annahme, darin eine Lektion über das Leben unter gesteigerten Unsicherheitsbedingungen zu erkennen. Möglicherweise gibt es einen Punkt, an dem die Menschen moderner Gesellschaften vom Entscheidungsdruck der „Multioptionsgesellschaft“¹⁰ ermüdet sind und schließlich gegen die permanente „Tyrannei der Möglichkeiten“ (Hannah Arendt) aufbegehren. Schon in den 1970er Jahren deuteten Peter L. Berger und seine Co-Autoren dies als die wahrscheinlichste Option einer zunehmend entfesselten Moderne an: den Rückzug des entbetteten Individuums in eine sinngebende „Heimatswelt“, die ihm eine „Ordnung integrierender und stützender Sinngehalte liefert.“¹¹ Folgt man diesen Argumenten, so scheint die Entstehung von neuen, homogenen virtuellen und realen Gemeinschaften wahrscheinlich, die den Zweifel – diesen Feind und Zersetzer alles Ideologischen – aus ihren Reihen gebannt haben. Erst diese Vermeidung von Ambivalenz ist die Voraussetzung dafür, die Welt überhaupt aus einem Guss deuten zu können.

Dann ist da noch die zweite Ebene der Antwort. Und die ist weitaus vertrackter. Im erkenntnistheoretischen Idealfall würde nämlich dem Aufbrechen des einen Paradigmas nun ein alternatives Deutungsangebot folgen. Und zugegeben: Verführerisch ist es schon, aus der Widerlegung des Zusammenhangs von Individualisierung und Entideologisierung einen radikalen Gegenschluss zu ziehen: dass die Autonomiegewinne der Postmoderne in Zukunft dafür eingesetzt werden, separierte Eigenwelten zu bauen und dass somit auch Europa die Rückkehr des Ideologischen erleben wird.¹² Und wo man es hineinlesen will, da könnte man die zarten Anfänge mancher der für die USA beschriebenen Entwicklungen auch hier erkennen: die Infragestellung von nationalen Leitmedien zu Gunsten sehr partikularer Informationsquellen und damit der Abschied von allgemein verbindlichen

10 Vgl. Peter Gross: Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt a. Main 1994.

11 Peter L. Berger/Brigitte Berger/Hansfried Kellner: Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt a. Main 1973, S. 61.

12 In eine nicht unähnliche Richtung argumentiert Gayil Talshir: The Phoenix of Ideology, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 8.2 (2005), S. 107-124.

Realitätsinterpretationen in einer „Post-Fact Society“¹³, die weiter zunehmende Wichtigkeit von Lebensstildistinktionen in der politischen Auseinandersetzung zu Lasten traditionell klassenspezifischer Abgrenzungsmechanismen; die Homogenisierung – in diesem Fall in sozialer Hinsicht ebenso wie bei der Frage von Lebensstilen – von einzelnen Stadtteilen in den großen europäischen Metropolen. Entsteht daraus nicht gerade eine Konstellation, die zu einer Konfrontation konträrer Lebenswelten und damit zu ideologischer Polarisierung führen dürfte? Und erlebt Europa nicht derzeit tatsächlich den Aufstieg links- wie rechtspopulistischer Parteien, ein Prozess, der simultan zur programmatischen Annäherung der etablierten Parteien verläuft? Dass es ganz so weit wie in den USA eben noch nicht ist, ließe sich im Rahmen dieses Argumentationsmusters dann einfach damit erklären, dass manche der dafür notwendigen Prozesse, etwa die Pluralisierung des Medienmarktes oder räumliche Mobilität, auf der anderen Seite des Atlantiks eben einfach weiter fortgeschritten sind – weswegen sich die Konsequenzen dort ebenfalls früher zeigen. Es wäre schließlich nicht das erste Mal, dass die amerikanische Gesellschaft als Laboratorium dient, wo mit Entwicklungen experimentiert wird, die anderswo noch in den Kinderschuhen stecken.

Allein: so einfach ist es leider nicht. Zu behaupten, Prozesse von Individualisierung würden ab einem bestimmten Steigerungspunkt automatisch eher zur Entstehung oder Verschärfung ideologischen Konfliktes führen, würde den einen Strukturdeterminismus durch einen anderen ersetzen. Denn zum einen bleibt es bei dem, was in dieser Arbeit bereits mehrfach betont wurde: Amerikas ideologische Spaltung verdankt sich einem komplexen Ursachenbündel und ist nicht auf eine einzige Erklärung zu reduzieren. Doch auch unter der Prämisse, dass der in dieser Arbeit dargestellte Prozess der Paradoxen Individualisierung dabei zentral ist: wirkungsmächtig ist er nur geworden, weil politische Eliten es verstanden, aus den daraus erwachsenden Differenzen wiederum für sich politisches Kapital zu schlagen. Das gilt vor allem für den amerikanischen Konservativismus, dem es durch die Politisierung bestimmter Lebensstile und der Vereinnahmung und Instrumentalisierung der mit ihnen verbundenen Mythologien gelang, eine Konfliktlinie zu etablieren, die sozioökonomische Differenzen erfolgreich unterlief. Eine primär auf Lebensstildifferenzen beruhende Synthese dieser Art, die in der Lage wäre, den Parteienwettbewerb *dauerhaft* zu strukturieren und zu polarisieren, ist in dieser Form für Europa bisher nicht zu erkennen. So bleibt diese zweite Antwort also ambivalent, und damit ein Stück weit offen: Eine stärkere ideologische Polarisierung ist auch unter den Bedingungen einer individualisierten, „flüchtigen Moderne“ möglich; zwangsläufig aber ist sie deswegen noch lange nicht.

13 Der Begriff stammt von Farhad Manjoo: *True Enough. Learning to Live in a Post-Fact Society*, Hoboken 2008.

Dies scheint dafür umso klarer: Hoffen sollte man auf eine solche Entwicklung gewiss nicht. Dabei mag es auch hier zunächst reizvoll sein, gleichsam gegen den Strich zu denken und – abermals aus einer genuin europäischen Perspektive – die *Vorzüge* der ideologischen Polarisierung der USA zu betonen. Von den hierzu lande diagnostizierten Ermüdungserscheinungen der Demokratie kann dort kaum eine Rede sein, engagieren sich doch mehr US-Bürger für die Politik als je zuvor und selbst die Wahlbeteiligung – zumindest bei Präsidentschaftswahlen – ist zuletzt wieder gestiegen. Es lässt sich auch schwerlich behaupten, dass es einen Mangel an politischen Alternativen geben würde: es sind denkbar unterschiedliche Angebote, die von Demokraten und Republikanern unterbreitet werden.

Die Schattenseiten der ideologischen Spaltung des Landes überwiegen jedoch bei weitem. Die zunehmende Dysfunktionalität des eigentlich auf Konsens ausgerichteten politischen Systems der USA ist dabei noch nicht einmal der wichtigste Punkt – parlamentarische Demokratien dürften schließlich weniger anfällig auf diesen Aspekt von Polarisierung reagieren. Entscheidender ist etwas Anderes. Streit, der produktiv sein soll, ist schließlich auf bestimmte Voraussetzungen angewiesen – unter anderem darauf, dass ein Dialog überhaupt stattfindet. Es gibt jedoch keine produktive Synthese, wo These und Antithese nicht länger aufeinandertreffen. Und eben das scheint in den USA, dem Land der politischen Echokammern, zunehmend der Fall zu sein. Demokraten und Republikaner arbeiten sich nicht länger produktiv aneinander ab, was ja dazu führen könnte, dass die schärfsten Kanten des Konfliktes langsam abgeschliffen würden. Vielmehr bleiben sie unter sich und bestätigen sich in der Gesellschaft Gleichgesinnter in der Richtigkeit der eigenen Auffassung. Es scheint zweifelhaft, dass daraus ein wirklich fruchtbarer Konflikt wachsen könnte. Zudem: im europäischen Zeitalter der Ideologien – was auch sonst die Kosten gewesen sein mögen – kam es immerhin zu einer Totalpolitisierung der Gesellschaft, durch die alle gesellschaftlichen Schichten aktiviert wurden; das aber ist in den USA nicht der Fall, wo Einkommen und Bildungsstand weiterhin extrem stark mit politischer Partizipation korrelieren.

Und schließlich – und dieses Argument wiegt wohl am stärksten – ist dieser Streit mittlerweile ja nicht mehr begrenzt auf die legitime und notwendige Auseinandersetzung um Sachfragen. Wenngleich bisher noch nicht systemgefährdend, geht es immer häufiger auch darum, der anderen Seite die politische Legitimität insgesamt abzuerkennen. An dieser Stelle ist allerdings eine „asymmetrische Polarisierung“ nicht zu leugnen, finden sich die schrillsten Stimmen doch eindeutig auf konservativer Seite, wo Politiker der Republikanischen Partei es mindestens stillschweigend dulden, wenn die Staatsbürgerschaft des amtierenden Präsidenten der USA

immer wieder angezweifelt wird. Mehr noch: der prominenteste Zweifler von allen, Donald Trump, wird nun sogar mutmaßlich um Obamas Nachfolge antreten. Natürlich sind die USA des Jahres 2016 bei aller Hysterie nicht Weimar 1932, die amerikanische Demokratie bei aller Lähmung und trotz aller Cassandra-Rufe noch immer stabil. Gesund aber kann ein System nicht sein, in dem Streit beginnt, sich von politischen Inhalten zu lösen und auf Fragen der Rechtmäßigkeit von Herrschaft zu konzentrieren. So möchte man am Ende dieser Arbeit Johann Wolfgang von Goethe doch einmal widersprechen: Amerika, Du hast es *nicht* besser.